

Stadtverordneten-Fraktion Darmstadt



5. August 2011

FDP Stadtverordnetenfraktion Darmstadt Rheinstr. 22 64283 Darmstadt

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass die Gemeindefinanzkommission sich auf eine Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund verständigt hat.
2. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass insbesondere in den gestiegenen Sozialhilfeausgaben einer der Gründe für die zum Teil angespannte finanzielle Lage der hessischen Kreise und kreisfreien Städte, und damit auch der Wissenschaftsstadt Darmstadt zu suchen ist.
3. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund für die Wissenschaftsstadt Darmstadt eine deutliche finanzielle Entlastung bedeutet. Ab dem Jahr 2014 wird der Bund den Kreisen und kreisfreien Städten 100 Prozent der Kosten für die Grundsicherung im Alter erstatten.
4. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass sich die Hessische Landesregierung von Anfang an konstruktiv in die Verhandlungen mit dem Bund eingebracht und damit einen wesentlichen Beitrag zur finanziellen Entlastung der hessischen Kommunen erbracht hat.

Sandra Klein

Fraktionsvorsitzende

Leif Blum,

Stadtverordneter